

Presseerklärung der FDP zum Vorschlag der SPD zur "Rettung des Offizierquartiers":
Wohnstätte ist nicht die bad-bank der Krefelder Wohnungswirtschaft!

Mit Zurückhaltung reagiert die FDP-Stadtratsfraktion auf den Vorschlag der SPD-Ratsmitglieder Björn Rüsing und Gabi Schock, dass die mehrheitlich städtische Tochter Wohnstätte Krefeld AG dem Bund die früheren Offizierswohnungen an der Von-Steuben-Straße abkaufen soll: "Die Wohnstätte ist nicht die bad-bank der Krefelder Wohnungswirtschaft!"

"Wir halten es für vom Ansatz verfehlt, wenn die SPD den Verkauf in einem Bieterverfahren am freien Markt mit Luxussanierungen und in Folge dessen hohen Neumieten in Verbindung bringt", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Der Wohnraum muss saniert werden, um die Wohnungen zu einem angemessenen Mietzins am Markt zu halten. Luxussanierungen und horrenden Mieterhöhungen wie in München oder Hamburg braucht in Krefeld kein Mieter zu befürchten", so Heitmann.

Die "Intention" der SPD sei es, die Wohnstätte zu veranlassen, die Wohnungen zu sanieren, ohne eine angemessene Miete zu erzielen: "Wer so politisch agiert, verschweigt, dass die Wohnstätte mit Zustimmung des Aufsichtsrates, in dem auch die SPD vertreten ist, in den letzten Jahren nicht mehr rentablen und renovierbaren Wohnungsbestand abgestoßen hat, um in die verbleibenden Wohnungen investieren zu können."

Wenn sich die Wohnstätte also an dem Bieterverfahren beteiligen soll, das die Deutsche Bau- und Grundstücks AG als Treuhänder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben durchführt, "dann nur zu dem angemessenen Kaufpreis und mit der Aussicht, die Wohnungen zu einem angemessenen, d.h. marktgerechten Preis, vermieten zu können", so die FDP-Stadtratsfraktion.

Die Liberalen lehnen deshalb eine Aussetzung des Bieterverfahrens, wie von CDU-Kommunalpolitikern angedacht, ab.